## Zwei Ja und ein Nein von SP und Unabhängige zu den Abstimmungsvorlagen

In der auf elektronischem Weg durchgeführten Parolenfassung ergaben sich klare Mehrheiten. Sie sagen zwei mal Ja und einmal Nein.

Wir haben seit längerer Zeit einen Pflegenotstand. Momentan sind in der Pflegebranche über 11'700 Stellen unbesetzt. Deshalb braucht es jetzt mehr als nur die im Gegenvorschlag enthaltene Ausbildungsoffensive. Auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen sich endlich verbessern. Mehr als 40% der Ausgebildeten verlassen ihren Beruf bereits nach wenigen Jahren wieder. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es am 28. November ein deutliches Ja zur Pflegeinitiative. Die Initiative stärkt die Pflegebranche – im Gegensatz zum Gegenvorschlag – langfristig. SP und Unabhängige empfehlen deshalb einstimmig ein Ja zur Pflegeinitiative.

Das Covid-19-Gesetz sichert die Krisenbewältigung. Menschen und Firmen können unterstützt und wirtschaftliche Schäden eingedämmt werden. Das Gesetz ermöglicht den Einsatz des Covid-Zertifikats und Massnahmen jenseits von Schliessung und Lockdowns und damit eine möglichst weitgehende Rückkehr zur Normalität. Bei einem Nein könnten ab März 2022 keine Zertifikate mehr ausgestellt werden. Dadurch wäre auch die Reisefreiheit und der Tourismus gefährdet. Eine grosse Mehrheit von SP und Unabhängige stimmen deshalb für das Covid-19-Gesetz.

Die Justiz-Initiative fordert, dass Bundesrichterinnen und Bundesrichter künftig per Losverfahren gewählt werden sollen. Damit würde das demokratische, transparente und bewährte Wahlverfahren durch das Parlament der Geschichte angehören. Das jetzige Wahlsystem ermöglicht, dass alle Werthaltungen, Weltanschauungen und politischen Strömungen, die es in der Bevölkerung gibt, an den Gerichten abgebildet werden. Der Zufall schafft das nicht und hievt obendrein nicht zwingend die geeignetsten Personen ins Richteramt. Mit der jetzigen Praxis ist ein politisch und gesellschaftlich ausgewogenes sowie demokratisch legitimiertes Gremium am obersten Gericht gewährleistet. Eine grosse Mehrheit von SP und Unabhänge lehnt die Justizinitiative ab.